

2
2019

Themenheft 3

Confessio

Informationen über Weltanschauungen und Ökumene



Harald Lamprecht

Nationalismus

Akteure - Argumente - Antworten

eb⁺

EVANGELISCHER
BUND SACHSEN

INHALT

Einführung	3
Nationale Identität	3
Grundlagen	4
Was Demokratie ausmacht	4
Mehr als Mehrheitsprinzip	
Was ist Populismus?.	6
„Nur wir vertreten die Stimme des Volkes“	
Akteure	8
Neo-Nationalsozialisten	8
Rechtsextreme Parteien, Kameradschaften, Szenen	
Neue Rechte	10
Die Internationalisierung des Nationalismus	
Alternative für Christen?	12
Eine Partei zwischen Konservativen und völkischen Nationalisten	
Reichsbürger und Selbstverwalter.	14
Der Staat bin ich	
Informationsmaterial zu Reichsbürgern	
Inhalte & Konzepte	16
Gleichheit oder Unterordnung	16
Warum Nationalisten die französische Revolution verachten	
Nation und „Ethnopluralismus“.	18
Ausgrenzungen zum „nationalen Artenschutz“	
Ursachen & Hilfen	20
Globalisierung in der Kritik	20
Vom scheinbaren Gegensatz zwischen Universalisten und Partikularisten	
Nächstenliebe leben	22
Hinweise zum Umgang in der Gemeinde	
Literatur-Tipp	
Nächstenliebe Leben - Klarheit zeigen	24
Handreichung zu Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit	

Impressum

Herausgegeben vom Evangelischen Bund, Landesverband Sachsen und dem Beauftragten für Weltanschauungs- und Sektenfragen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens

Redaktion: Dr. Harald Lamprecht (HL)

Adresse:

Barlachstr. 3, 01219 Dresden

Tel: 0351 64756485

Fax: 0351 64756486

eMail: info@confessio.de

<http://www.confessio.de>

Diese Publikation ist eine Informationsschrift für Spender des Evangelischen Bundes Sachsen. Spenden bitte auf:

IBAN: DE06 3506 0190 1600 8000 15

BIC: GENO DE D1 DKD (KD-Bank / LKG-Sachsen)

Betreff: RT3538 (+ggf. weitere Angaben)

Bilder: S. 7 Screenshot Facebook, S. 19 Pieter Bruegel d.Ä., Der große Turmbau zu Babel, PD @commons.wikimedia.org, sonstige: Archiv HL.

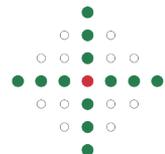
Das Titelbild zeigt einen Gedenkstein voll nationaler Begeisterung vor dem Ersten Weltkrieg. Er steht in Naundorf bei Oschatz in Sachsen.



EVANGELISCHER
BUND SACHSEN

Der Evangelische Bund Sachsen ist das konfessionskundliche Arbeits- und Forschungswerk der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens. Er will die Botschaft der Reformation in den konfessionellen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart zur Geltung bringen und dadurch die Ökumene fördern. Er vermittelt Kenntnisse über andere Kirchen, religiöse Gemeinschaften und Bewegungen. Seine Zielsetzung ist evangelische Selbstbesinnung, ökumenische Gesprächsbefähigung und Anregung zu sachgemäßem Verhalten.

www.eb-sachsen.de



Evangelisch-Lutherische
Landeskirche Sachsens

Confessio Themenheft 3

Nationale Identität

Klaus ist ein geselliger Mensch. Er hat viele Freunde. Aber es sind jeweils unterschiedliche Dinge, die sie miteinander verbinden. Mit Erwin und Paul trifft er sich immer mal zum Skatabend. Donnerstags beim Posaunenchor ist er mit ganz anderen Leuten zusammen. Von denen spielt keiner Skat, aber sie mögen Musik. Ab und zu geht er zum Sprachtreff und übt immer mal wieder, wie Verständigung auch mit wenigen Worten funktioniert. Dort ist er davon beeindruckt, was es auch mit Menschen aus ganz anderen Kulturen und völlig verschiedenen Herkunftstraditionen für elementare Gemeinsamkeiten geben kann. Ja und dann hat er noch seine spezielle Community im Internet, wo er mit Menschen rings um den Globus über spezifische Fachprobleme diskutiert, die niemand sonst versteht.

Soziale Identitäten bestimmen sich aus vielen Faktoren. Die Nation vermittelt eine Form der kollektiven Identität. Sie ist als solche keineswegs schlecht und steht gleichberechtigt neben anderen Formen, die je nach Situation unterschiedlich wichtig werden. Beim internationalen Skatturnier treffen sich zwei kollektive Identitäten.

Nationale Identitäten können verbinden, zum Beispiel Menschen verschiedener Religionen, die sich gemeinsam als Deutsche fühlen. Ebenso haben sie wie jeder Identitätsmarker auch etwas Trennendes.

Nationalismus ist die Tendenz, diese Vielfalt möglicher kollektiver Identitäten zu reduzieren und einem einzigen Merkmal unterzuordnen. Die Nation, also das Herkunftsland, wird zur einzig wesentlichen Komponente für die Identität

erhoben. Da ist es dann weniger wichtig, was jemand mag oder kann, wie gut er Skat oder ein Instrument spielt, sondern vor allem woher dieser Mensch kommt. Seine Herkunft, seine Prägung wird zum alles bestimmenden Faktor.

Wo das Land noch mit einem bestimmten Volk verbunden wird und die Zugehörigkeit zum Land fest mit der angestammten Zugehörigkeit zu einem Volk verkoppelt wird, spricht man vom völkischen Nationalismus. Dieser kann sich, wenn er mit festen Zuschreibungen verbunden ist, zu einem Gefängnis für das Individuum entwickeln, aus dem ein Ausbruch schwer möglich ist. Kollektive Zuschreibungen von Eigenschaften aufgrund nationaler Herkunft erfüllen ebenso die Rassismusdefinition der Vereinten Nationen wie biologistische Argumentationen.

Nationalismus hat nichts mit Heimatliebe zu tun. Er hat aber viel mit Ideologie zu tun. Er schafft eine Erzählung von etwas Verbindendem. Es geht um Identifizierung und Solidarisierung nach innen und um Abgrenzung nach außen. Digitalisierung und Globalisierung bringen neue Vernetzungsformen von Menschen mit sich. Die daraus folgenden Verunsicherungen haben aber auch zu einem starken Anwachsen des Nationalismus geführt.

Dieses Heft befasst sich mit Akteuren des Nationalismus, ihren Anliegen und Argumenten und fragt nach christlichen Perspektiven auf dieses Phänomen.

Dresden, Juni 2019

Harald Lamprecht

Was Demokratie ausmacht

Mehr als Mehrheitsprinzip

Demokratie ist in aller Munde. Aber was die Einzelnen konkret damit verbinden, ist in der Praxis sehr unterschiedlich. Grundsätzlich ist klar: in der Demokratie geht es um aktive Mitbestimmung. Die Wortbedeutung „Volksherrschaft“ weist bereits daraufhin, dass das Volk sich selbst beherrscht und nicht von einem anderen, einem Autokraten (= „Selbst-Herrschaft“) bzw. einem Monarchen (= „Herrschaft eines Einzelnen“) beherrscht wird. Aber wie kann das gehen? Das Volk besteht ja faktisch aus vielen Bürgerinnen und Bürgern mit durchaus unterschiedlichen Meinungen und Positionen in den meisten Sachfragen. Ein einzelner Herrscher kann seine Position verfechten – aber welche der vielen möglichen Positionen im Volk setzt sich durch?

Legitime Opposition

Demokratie bedeutet, dass es Abstimmungen (Wahlen) gibt, und die Mehrheit bestimmt, was gemacht wird. Das ist das allgemein bekannte und akzeptierte Grundprinzip. Für ein Staatswesen ist das aber nicht ausreichend. Mindestens genauso wichtig gehört dazu der Minderheitenschutz: Dass diejenigen, die nicht mit der Meinung der Mehrheit übereinstimmen, weiter bei ihrer Meinung bleiben dürfen. Und nicht nur das – sie dürfen für diese auch werben, damit sie vielleicht später einmal die Mehrheitsverhältnisse ändern. Es besteht immer die Tendenz, dass diejenigen, die an der Macht sind, ihre Macht sichern und auf Dauer stellen wollen und daher alle gegenläufigen Kräfte unterdrücken und beseitigen.

Die Demokratie hingegen lebt von diesem Recht auf Widerspruch. Man könnte es auch so formulieren: Demokratie bedeutet legitime Opposition. Das unterscheidet sie strukturell grundlegend von jeder Diktatur.

Repräsentanz

Wie kann das Volk zugleich herrschen und beherrscht werden? Dieser Widerspruch wird gelöst über die Repräsentanz. Aus der Bevölkerung heraus werden Vertreter gewählt und in Parlament und Regierung entsendet, die dort jeweils die Interessen ihrer Wähler in ihrem Wahlbezirk vertreten sollen. Das ist auch sinnvoll, weil sich die Repräsentanten ein Expertenwissen aneignen können, das nötig ist, um in einer komplexen Welt die Tragweite der Entscheidungen zu verstehen. Bei „direkter Demokratie“ (Volksentscheiden) ist das nicht möglich und komplexe Fragen müssen zu einfachen Ja/Nein-Entscheidungen degradiert werden.

Gewaltenteilung

Um nun sowohl zu ermöglichen, dass die Entscheidungen der Mehrheit umgesetzt werden können (und nicht von der Minderheit blockiert) und zugleich aber die Opposition das Recht behält, andere Positionen zu vertreten, braucht es weitere Elemente in der demokratischen Struktur. Dazu gehören elementar:

1) **Gewaltenteilung**, also Unterscheidung und sachliche Trennung von a) *Legislative* (Gesetzgebung: Das Parlament bestimmt, was gemacht werden soll und ist dabei an die Verfassung gebunden), b) *Exekutive* (Die Regierung setzt es um und ist dabei an die Gesetze gebunden), c) *Judikative* (Unabhängige Gerichte überprüfen die Einhaltung der Gesetze – auch bei Akteuren in Staat und Verwaltung).

2) **Meinungs- und Pressefreiheit** hat die Aufgabe, die gleichberechtigte Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung zu ermöglichen, aber auch Machtmissbrauch, Vertuschungen etc. aufzudecken. Ihre Bedeutung ist z.B. in Österreich deutlich geworden, als Medienberichte

öffentlich gemacht haben, wie die FPÖ-Führer Macht und Einfluss kaufen wollten.

3) **Orientierung an den Menschenrechten** ist das tragende Prinzip der ganzen Rechtsordnung (Art. 1 GG). Dazu gehört auch die elementare Rechtsgleichheit aller Bürgerinnen und Bürger.

Letztlich lebt jede Demokratie davon, dass ihre Bürger sie auch wollen. All diese Elemente der konkreten Ausgestaltung von Demokratie sind derzeit unter Druck. Es braucht das Bewusstsein für ihren Wert, um sie engagiert zu verteidigen.

Demokratie oder Populismus

Die repräsentative Demokratie geht in realistischer Weise nicht davon aus, dass es im Volk nur eine Meinung gibt. Sie bietet darum ein Instrumentarium, mit dem gerade die unterschiedlichen Vorstellungen und Interessen der Bürger in eine konstruktive Debatte eingebracht und am politischen Geschehen beteiligt werden können. Dazu gehört wesentlich die Freiheit, auch andere Vorstellungen als die der Mehrheit artikulieren und dafür Unterstützung organisieren zu können. Liberalität und Demokratie sind daher direkt aufeinander bezogen. Es kann keine illiberale Demokratie geben. Diese grundlegenden Freiheitsrechte gehen der Demokratie voraus und können daher von keiner Mehrheit abgeschafft werden.

Wenn Populisten behaupten, es gebe einen einheitlichen Volkswillens, der aus einem homogenen Volk kommt, ist dies das Gegenteil. Populisten sind daher nie Demokraten.

Wo Populisten an die Macht gekommen sind, zeigt sich deutlich, dass sie sofort beginnen, die Demokratie umzubauen und auszuhöhlen, um ihre Macht auf Dauer zu stellen. Dazu werden 1. die Verfassungsgerichte beschnitten bzw. mit eigenen Leuten besetzt, denn diese sind die zentralen Stellen, an denen in einer Demokratie das Staatshandeln kontrolliert und ggf. beschränkt wird, 2. der Medienpluralismus einge-

schränkt, 3. die Gewaltenteilung durchlöchert und 4. der faire politische Wettbewerb behindert, um zu verhindern, dass die Opposition die Mehrheit bekommen kann. In Ungarn sind diese Prozesse schon so weit fortgeschritten, dass sie schwer rückgängig gemacht werden können, in Polen ist es noch nicht ganz so weit.

Ist Demokratie biblisch?

Die Demokratie selbst ist nicht in der Bibel beschrieben. Biblische Texte handeln in diversen Gesellschaftsformen (patriarchalen Stammeskulturen, Nomaden, Exulanten, Königtümern, abhängigen Vasallen, zwangsverwalteten Kleinstaaten), wobei es immer darauf ankommt wie die Menschen unter den gegebenen Umständen den eigenen Vorteil suchen oder für Gott und ihre Mitmenschen einstehen.

Aber die moderne Demokratie beruht auf Prinzipien, die direkt aus biblischen Einsichten folgen. Zentral sind Geschöpflichkeit und Gottesebenbildlichkeit des Menschen – also jene Elemente, die auch die Menschenwürde begründen. Außerdem rechnet sie mit der Fehlbarkeit von Menschen und gibt darum Möglichkeiten, Fehlentscheidungen zu korrigieren.

Aus christlicher Sicht ist die Demokratie als Staatsform nicht zu vergöttern, denn sie gehört in den Bereich des Vorläufigen. Ihre konkrete Ausgestaltung hat mit diversen Problemen zu kämpfen: Wirtschaft begrenzt den Bereich des Politischen stark, Repräsentanz und Vertretung kann den Bodenkontakt verlieren, staatliche Gewalt ist in sich nicht demokratisch strukturiert (Polizei, Militär, Bürokratie u.a.m.).

Dennoch ist sie unter den gegebenen möglichen Staatsformen am besten in der Lage, auf Dauer Freiheit und die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte für eine größtmögliche Zahl von Menschen zu ermöglichen. Darum ist sie aus christlicher Sicht uneingeschränkt zu unterstützen.¹

¹ Mehr dazu: Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bonn/Hannover 2019

Was ist Populismus?

„Nur wir vertreten die Stimme des Volkes“

Im Bereich der Politikwissenschaft ist der Begriff des Populismus in seiner genauen Bedeutung und Reichweite nach wie vor umstritten.

Drei Merkmale

Weithin in Gebrauch ist eine Definition, wie sie Jan Werner Müller in seinem Buch „Was ist Populismus?“ vorgestellt hat. Demnach ist Populismus von drei zentralen Merkmalen geprägt:

1. **Identitär:** Kern eines jeden Populismus ist es, für „das Volk“ sprechen zu wollen. Populisten identifizieren sich gleichsam mit „dem Volk“ und behaupten, als einzige die Stimme des Volkes zu repräsentieren.
2. **Elitenkritisch:** Dieser Anspruch wendet sich gegen „die Eliten“, die – so seine Behauptung – eben nicht mehr das Volk vertreten und in seinem Sinne handeln würden und deshalb zum Feindbild ausgebaut werden.
3. **Antipluralistisch:** Wenn nur eine spezifische Gruppe die Stimme des Volkes vertreten soll, dann muss dieses Volk notwendig in sich einheitlich sein. Sonst könnte es gar nicht solch einen gemeinsamen Willen haben. Daher ist Populismus seinem Wesen nach gegen die Akzeptanz innerer Vielfalt und drängt auf die Homogenität der Gruppe, die er als „das Volk“ betrachtet. Die Rede vom Volk hat bei Populisten daher immer etwas Ausgrenzendes. Diejenigen, die nicht so denken, wollen und reden und sind wie die Populisten, gehören dann schnell nicht mehr zum „Volk“, sie werden zu „Volksfeinden“ oder „Volksverrättern“ erklärt.

Diese drei Punkte bilden den Kernbestand von Populismus. Es ist wichtig, dies nicht mit dem Begriff „populär“ zu verwechseln, der eher eine positive Bedeutung hat. Populär ist, was sich um die Anliegen des Volkes kümmert, sich für das normale Volk verständlich ausdrückt und

beim Volk beliebt ist. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Auch Politiker, die sich volkstümlich geben, um bei Wählern beliebt zu sein, sind vielleicht populär, aber nicht in diesem Sinn populistisch.

Feindbildpflege

Nicht zum Kernbestand der Populismusdefinition, aber doch zu seiner Erscheinungsweise gehört darüber hinaus die Definition und Pflege von starken Feindbildern. Feindbilder sind auch außerhalb populistischer Aktionsweisen für das Miteinander von Menschen nachteilig. Hier aber folgen sie direkt aus dem dritten Punkt des Antipluralismus.

Wo Menschen zusammenkommen, gibt es immer unterschiedliche Meinungen und Befindlichkeiten. Der Populismus behauptet nun aber die Homogenität „des Volkes“ mit einem einheitlichen Willen. Das effektivste Mittel, diese faktische innere Vielfalt zu verstecken, ist ein gemeinsamer äußerer Feind. Deshalb gehört die Züchtung von Feindbildern fest zu seinem Arsenal. Beispiele sind nicht schwer zu finden: Sei es die Religion des Islam, die als gefährliche Bedrohung dargestellt wird, sei es die Regierung, die anderen Parteien, die Gewerkschaften oder Kirchen, die allesamt als zu den „Eliten“ gehörig zum Feind erklärt und oft mit dem Attribut „linksgrün“ versehen werden, egal wie unpassend das im Detail sein mag.

Betrachtet man noch etwas genauer einige Elemente, die zur Erzeugung von Feindbildern dienen, so lassen sich eine Reihe charakteristischer Punkte benennen. Dabei ist zu bedenken, dass es schon immer zur Vorbereitung eines jeden Krieges gehört hat, zuvor Feindbilder des Gegners zu erzeugen. Erst wenn dieser nicht mehr als Mensch, sondern nur noch als Feind gesehen wird, ist es möglich, auf ihn zu schie-



Populismus mit Ausgrenzung auf Facebook

ßen. Insofern gehört die Überwindung dieser Denk- und Verhaltensweisen zu grundlegenden friedensbildenden Maßnahmen.

- **Gruppe statt Gesamtheit:** Zur Feindbildpflege gehört die Trennung von Menschengruppen und Beschwörung eines „Wir“-Gefühls auf der einen Seite. Diese seien von den Mächtschaften „der Anderen“ bedroht. Es wird ein grundsätzlicher Gegensatz von Wesen und Interessen zwischen den Gruppen postuliert. Dass jemand von den verhassten „Eliten“ sich tatsächlich für Anliegen „des Volkes“ engagieren könnte, scheint nahezu ausgeschlossen.

- **Ungleiche Maßstäbe:** In der Beurteilung von Handlungen der eigenen Gruppe gelten andere Maßstäbe als bei anderen. Negative Verhaltensweisen der anderen sind immer grundsätzlich und zeigen deren wesenhafte Verkommenheit, in der eigenen Gruppe sind sie lediglich individuelles Fehlverhalten. Bei positiven Beispielen ist es umgekehrt.

Beispiel: Gewalttaten von Migranten werden als typisch und wesenhaft für alle Geflüchteten dargestellt und verallgemeinert, Angriffe auf ausländisch aussehende Menschen hingegen verharmlost und negiert.

- **Egozentrik statt Rücksicht:** Die Interessen der „Wir“-Gruppe gelten grundsätzlich als höherwertig gegenüber den möglichen Interessen anderer Gruppen. Dementsprechend gibt es keine ernsthaften Bemühungen um einen fairen Ausgleich, sondern eine starke Rhetorik von Kampf und Krieg. Das schließt eine Binnensolidarität innerhalb der eigenen „Wir“-Gruppe

nicht aus. Eine Mitverantwortung für das Ergehen anderer außerhalb dieser Gruppe wird aber dezidiert abgelehnt („Wir sind nicht das Sozialamt der Welt...“).

- **Übertreibung statt Realismus:** Auffällig ist die ständige Verwendung von Übertreibungen. Dinge, die zum Teil durchaus einen wahren Kern enthalten, werden in der populistischen Argumentation oft maßlos übertrieben. Aus den Bürgerkriegsflüchtlingen wird eine „Invasion“, aus einer wenige Wochen währenden Grenzöffnung ein „Staatsversagen“, als sei die Zivilisation zusammengebrochen, aus der Aufnahme von Menschen aus humanitären Gründen wird ein Verlust der Staatsautonomie, aus Unterstützung für Alleinerziehende eine Abschaffung der Familie usw. Die Übertreibung erscheint als ständiges Stilelement im Umgang mit dem politischen Gegner.

- **Krise statt Normalität:** Zur Übertreibung kommt die Sichtweise, sich in einer außergewöhnlichen Krisensituation zu befinden. Darum seien zur Bewältigung dieser Krise dann auch besondere Mittel erforderlich. Notstandsgesetze hebeln demokratische Prozesse aus. Das führt zu selbsterfüllenden Prophezeiungen im Blick auf den Verlust von zivilisierten Umgangsweisen. Weil Angst davor besteht, dass der Islam in Europa an die Macht kommen könnte und dann keine Religionsfreiheit mehr bestünde, wird voreilend selbst die Abschaffung der Religionsfreiheit für Muslime gefordert. Weil den Gegnern Lüge und Manipulation unterstellt wird („Lügenpresse“-Vorwurf) nimmt man sich selbst das Recht heraus, mit Falschdarstellungen Politik zu betreiben. In Angst vor künftigen Verteilungskämpfen um knappe Ressourcen zwischen Migranten und Alteingesessenen soll das Waffenrecht gelockert und die Ungleichbehandlung erhöht werden. Immer wieder wird vor einem möglichen Bürgerkrieg gewarnt und zugleich kaum eine Gelegenheit ausgelassen, den Konflikt anzuhetzen statt zu befrieden.

Neo-Nationalsozialisten

Rechtsextreme Parteien, Kameradschaften, Szenen

Als 1933 die NSDAP an die Macht kam, wurde sie demokratisch gewählt. Sie war getragen von einer Begeisterung in Teilen der Bevölkerung, die heute nur noch schwer vorstellbar ist. Auch heute gibt es – ungeachtet der Schrecken und Gewalt, die die nationalsozialistische Herrschaft hervorgebracht hat – Personen und Gruppen, die diese Zeit verklären und mehr oder weniger deutlich und direkt an deren Ideologie, Symbolik und Rhetorik anknüpfen möchten. Deshalb werden diese als Neo-Nationalsozialisten oder kurz „Neonazis“ bezeichnet. Die Organisationsformen sind unterschiedlich und reichen von politischen Parteien bis zu losen Kameradschaften und Aktionsgruppen.

NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) war in den Jahren 2004 bis 2014 im sächsischen Landtag vertreten. Das drohende Verbotverfahren und die Konkurrenz durch die AfD haben sie spürbar geschwächt. Dennoch ist sie zahlenmäßig mit ca. 300 Mitgliedern noch die größte rechtsextreme Partei in Sachsen.



Aus taktischen Gründen bemühte sich die Partei in der Vergangenheit um eine bürgerliche Fassade und vermied allzu direkte Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus. Ihre ausländerfeindlichen Parolen werden inzwischen von rechtspopulistischen Gruppen übernommen.

Die Rechte

Aus den Resten der Deutschen Volksunion (DVU) gründete 2012 der Neonazi Christian Worch die Partei „Die Rechte“. Zugleich dient sie als Auffangbecken für Mitglieder verbotener Kameradschaften. Zu



ihren gehören bundesweit ca. 500 Mitglieder. Ihre Anknüpfung an den Nationalsozialismus zeigt sich z.B. in dem Namen des Magazins „N.S. heute“¹. Ihr Schwerpunkt liegt in Nordrhein-Westfalen. Durch den Übertritt einer früheren NPD-Stadträtin bekam Die Rechte 2014-2016 ein Stadtratsmandat in Bautzen. Die Rechte tritt deutlich antisemitisch auf und plakatierte z.B. im Europawahlkampf 2019 „Israel ist unser Unglück!“ in Anlehnung an einen ähnlichen Untertitel im nationalsozialistischen Blatt „Der Stürmer“.

Der III. Weg

Der III. Weg ist inhaltlich die radikalste der neo-nationalsozialistischen Parteien. Sie entstand im September 2013 aus einer Spaltung innerhalb der NPD, diente aber gleich darauf als Anlaufpunkt für Aktivisten aus dem Kameradschafts-Dachverband „Freies Netz Süd“, der nach einer Razzia 2013 vom Verbot bedroht war, was im Sommer 2014 auch erfolgte. Die Hürden für das Verbot einer Partei liegen viel höher als bei Vereinen, so dass die Parteistrukturen die aktive Betätigung der Neonazis schützen und organisatorisch unterstützen.



Von Bayern ausgehend expandierte die Partei nach Sachsen ins Vogtland, wo 2014 ein eigener Stützpunkt gegründet wurde. Ein besonderer Schwerpunkt liegt mittlerweile in Plauen. Dort wurde im Januar 2017 ein „Bürgerbüro“ eingerichtet. Mit verschiedenen Aktionen für sozial Bedürftige versuchen die Mitglieder, sich als Kümmerer zu präsentieren und Akzeptanz sowie Wählerstimmen zu gewinnen.

Inhaltlich orientiert sich Der III. Weg am Parteiprogramm der NSDAP und zeigt keine Scheu, ihre direkte Anknüpfung an den Nationalsozi-

¹ www.nsheute.com



Braun oder grün?

alismus auch zur Schau zu stellen. So wird das Selbstverständnis mit dem Slogan „national, revolutionär, sozialistisch“ beschrieben. Ziel ist die Schaffung eines „Deutschen“ (=nationalen) Sozialismus, der als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus betrachtet wird. Deutlich im Programm ist die völkische Komponente, die „den drohenden Volkstod“ durch mehr „deutsche Kinder“ abwenden, Ausländer ausweisen und wesentliche Grundrechte nur für Deutsche reservieren möchte. Punkt 10 „Deutschland ist größer als die BRD“ zeigt eine geschichtsrevisionsistische Tendenz. Die Partei favorisiere nicht den Anschluss der deutschen Ostgebiete an die BRD, „sondern vielmehr die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches, was die Ostgebiete selbstredend mit einschließt.“²

Durch seine Radikalität und kompromisslose Positionierung ist Der III.Weg auch für die aktionsorientierten Kreise der Kameradschaftsszene interessant, die bislang die NPJ als zu angepasst abgelehnt haben.

Kameradschaften und Aktionsnetzwerke

Außerhalb der Parteistrukturen existiert eine vielfältig vernetzte Szene mit Kleingruppen von meist jungen Männern, die sich aufgrund

ihrer gemeinsamen Gesinnung zusammenfinden. Das Aktionsspektrum reicht von der Teilnahme an Demonstrationen über Angriffe auf Migranten bis zu rechtsterroristischen Anschlägen. Ein Beispiel ist die „Freie Kameradschaft Dresden“ (FKD). In einer Dresdner Kneipe, wo sich nach den Pegida-Rundgängen montagabends Neonazis und andere Menschen mit ausländerfeindlichen Absichten trafen, wurde die Kameradschaft 2015 gegründet. Ihre Mitglieder waren an den Ausschreitungen in Heidenau im August 2015 ebenso beteiligt wie an Angriffen auf Asylunterkünfte und auf Migranten am Rande einer Demonstration. 2017 wurden zwei Mitglieder dafür zu je viereinhalb Jahren Haft verurteilt.

Die sogenannte „Gruppe Freital“ verübte mindestens fünf Anschläge in Freital und Dresden. Organisiert und arbeitsteilig begingen sie Sprengstoffanschläge, verbreiteten Angst und Schrecken und nahmen den Tod von Flüchtlingen und politisch Andersdenkenden in Kauf. Den insgesamt acht Angeklagten zwischen 19 und 38 Jahren wird zur Last gelegt, spätestens im Juni 2015 eine rechtsterroristische Vereinigung gegründet zu haben. Die beiden Rädelführer wurden zu zehn und neuneinhalb Jahren Gefängnisstrafe verurteilt.

Konzerte & Kommerz

Ein wesentlicher Faktor in der Identitätsbildung läuft auch über Musik. In Sachsen gibt es etliche Bandprojekte, die Teil bestehender Netzwerke von Neonazis sind. Mehrfach konnte in Ostritz das „Schwert und Schild“-Festival stattfinden, wobei mit dem „Ostritzer Friedensfest“ jeweils ein deutlicher Gegenakzent gesetzt wurde. Szeneläden und Versandhandel versorgen die Anhänger mit szenetypischer Kleidung und Propagandamaterial. Rund ein Drittel der bundesweit bekannten Online-Versandhandelshäuser für rechte Musik befinden sich in Sachsen. Deren Gewinne fließen wieder in die Szene zurück.

² <https://der-dritte-weg.info/2019/02/ausfuehrungen-zum-punkt-10-deutschland-ist-groesser-als-die-brd-des-zehn-punkte-programms/>

Neue Rechte

Die Internationalisierung des Nationalismus

Die sogenannte „Neurechte Bewegung“ hat in den letzten Jahren deutlich an Einfluss gewonnen. Gemeinsam mit dem klassischen Rechts-extremismus vertritt sie völkisch-rassistisches Denken und damit verbundene Ideologien der Ungleichwertigkeit. Dennoch wollen deren Anhänger gerade keine „Nazis“ sein und unterscheiden sich von diesen vor allem in zwei Bereichen:

1) Es gibt keine offene Verherrlichung des oder direkte Anknüpfung an den Nationalsozialismus. Hitler und die Nazis werden von diesen in der Regel öffentlich abgelehnt. Eine plumpe Engführung auf das Deutschtum als Herrenrasse propagieren sie nicht. Statt dessen vertreten sie im Rahmen des „Ethnopluralismus“ (vgl. Seite 18) die Auffassung, dass jedes Volk seinen Wert habe, aber nicht vermischt werden und daher in seinem jeweiligen Siedlungsraum bleiben solle. Es geschieht also eine Internationalisierung des Nationalismus.

2) Religiös erfolgt häufig eine positive Bezugnahme und versuchte Vereinnahmung des Christentums als die traditionelle Religion des „Abendlandes“ – oft in harter Entgegensetzung zum Islam. Traditionelle Neonazis sind demgegenüber meist grundsätzlich kritisch zum Christentum eingestellt und (sofern überhaupt religiös interessiert) begeistern sich eher für neuheidnisch-neogermanischen Religionselemente.

Staatspolitik in Schnellroda

Zu einer Schlüsselfigur in der Neurechten Szene hat sich der Verleger und Publizist Götz Kubitschek (*1970) entwickelt. Zunächst als Autor für die „Junge Freiheit“ aktiv, gründete er im Jahr 2000 zusammen mit dem Gymnasiallehrer Dr. Karlheinz Weißmann (*1959) das „Institut für Staatspolitik“ als Think-Tank und Sammlungs-

ort neurechter Ideen. Damit verbunden ist der ebenfalls von Kubitschek betreute Verlag Antaios, in dem neurechte Schriften publiziert werden. Ferner gehört dazu die Zeitschrift „Sessession“, die neben der Papierausgabe auch als Internetmagazin erscheint.

Kubitschek lebt mit seiner Frau Ellen Kositzka, die auch in der Bewegung aktiv ist, in dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Mit seinen Kontakten in die rechtsextreme Szene einerseits und in den Bereich rechtspopulistischer Bewegungen wie AfD oder Pegida andererseits kommt ihm eine Scharnierfunktion zwischen diesen Gruppen zu. Eng mit Kubitschek verbunden zählt auch Felix Menzel zur Neurechten Bewegung. Er ist Herausgeber der auch als Internetblog erscheinenden Zeitschrift „Blaue Narzisse“ in Dresden.

Identitäre Bewegung

In Frankreich entstand eine Jugendbewegung, die stark aktionsorientiert ist und an der Verbreitung völkisch-nationalistischen Gedankengutes arbeitet.¹ Ihr Symbol ist ein gelbes Lambda auf schwarzem Grund. Es nimmt Bezug auf den Film „300“, der auf einer Comic-Vorlage beruht und den heldenhaften Kampf der Spartaner gegen die Perser an den Thermopylen thematisiert. Es gibt enge Verbindungen zum islamfeindlichen und rechtspopulistischen Milieu. Die Identitäre Bewegung gehört seit 2016 zu den Beobachtungsobjekten der Verfassungsschutzämter.² Inhaltlich vertritt sie Konzepte des „Ethnopluralismus“ und engagiert sich für „Remigration“, also die Vertreibung von Menschen mit nichteuropäischen Vorfahren. Unterfüttert wird dies mit dem Verschwörungsmythos vom „großen Austausch“. Demnach seien

¹ www.identitaere-bewegung.de

² <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2016-001-maassen-dpa-2016-0>



In Ästhetik und Grundaussagen sind Identitäre Bewegung und Einprozent dicht beieinander

die Flüchtlingsströme ein gezieltes Programm zur Unterwanderung und Destabilisierung Europas. Im Kern vieler Aktivitäten kommt eine grundlegende Islamfeindschaft zum Ausdruck.

Einprozent.de

Auf der „Compact“-Konferenz im Oktober 2015 in Berlin verkündeten Götz Kubitschek zusammen mit dem Führer der Identitären Bewegung in Österreich Martin Sellner, dem AfD-Politiker André Poggenburg, dem ebenfalls im Umfeld der AfD aktiven Staatsrechtler Karl-Albert Schachtschneider sowie dem Compact-Herausgeber Jürgen Elsässer den Plan, das Kampagnenprojekt „Ein Prozent für unser Land“ zu gründen.³ Im Februar 2016 erfolgte die Gründung des Vereins. Vorsitzender wurde der Burschenschaftler Philip Stein, der 2017 auch bei einem Kongress der faschistischen CasaPound in Rom auftrat. Vereinssitz ist im Zittauer Gebirge im Kurort Oybin.

Anliegen von „Ein Prozent“ war es primär „asylkritische“ Initiativen im Land zu unterstützen und zu vernetzen. Dafür werden Spenden gesammelt. Die Organisation adressiert eine bür-

gerliche Mitte und bemüht sich in Sprache und Auftreten, die Grenzen des dort Vertretbaren nicht zu überschreiten. Die Selbstbezeichnung als „größtes patriotisches Bürgernetzwerk“ wird kombiniert mit dem typisch populistischen Anspruch, der „Stimme des Volkes wieder Gehör“ verschaffen zu wollen. Faktisch wurden neben lokalen Initiativen vor allem Aktionen der Identitären Bewegung medial befördert.

Pro Chemnitz

Die Wählervereinigung „Pro Chemnitz“ wurde 2009 von dem Chemnitzer Stadtrat Martin Kohlmann gegründet. Ihr Name verweist auf die Nähe zu der rechtsextremen „Bürgerbewegung Pro Deutschland“, die vorrangig mit Aktionen gegen muslimische Migranten aufgefallen war und sich 2017 in die AfD aufgelöst hatte. Auch wenn die Mitgliederbasis von Pro Chemnitz selbst begrenzt ist, zeigte sich z.B. bei den von ihr organisierten Protesten anlässlich der Ermordung von Daniel H. bei einer Messerstecherei, dass sie ein Vernetzungspotenzial von AfD bis weit in die rechtsextreme Szene (III. Weg, Kameradschaften) aufzuweisen hat. Pro Chemnitz wird seit Ende 2018 vom sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet.

³ Mehr dazu: Eine rechte NGO. Demokratiefreundlichkeit und Rassismus im bürgerlichen Gewand. In: Sachsen rechts unten 2019, S. 16ff.

Alternative für Christen?

Eine Partei zwischen Konservativen und völkischen Nationalisten

Als die „Alternative für Deutschland“ (AfD) 2013 gegründet wurde, war der Anlass dazu die griechische Staatsschuldenkrise und Kritik an dem daraufhin aufgelegten milliardenschweren Euro-Rettungsschirm. Seitdem hat die Partei mehrere Krisen und Richtungskämpfe durchgemacht. 2015 wurde Parteigründer Bernd Lucke als Vertreter des nationalliberalen Segmentes aus der Partei gedrängt und der rechtskonservative Flügel um Frauke Petry übernahm das Ruder. 2017 war dann auch Frau Petry ihren sächsischen Parteigenossen zu liberal. In jeder dieser Spaltungen hat sich jeweils der politisch weiter rechts stehende Flügel durchgesetzt.

Richtungen

Nach wie vor ist die Partei nicht homogen, sondern verbindet Menschen mit unterschiedlichen Akzentsetzungen in ihren politischen Positionierungen. Dies macht allgemeine Aussagen schwer. Auf der einen Seite gibt es Mitglieder, die durch ihre Präferenz für konservative Familienmodelle zur AfD gefunden haben und darin einen Schwerpunkt sehen. Diese sind zwar auch meist kritisch zur Zuwanderung eingestellt. Wenn es aber darauf ankommt, kommt es durchaus vor, dass sie aktiv Hilfe für Geflüchtete leisten. Ausländerfeindlichkeit ist nicht ihr primäres Thema, sie wird aber mit hingenommen.

Der Flügel

Auf der anderen Seite des Spektrums steht „der Flügel“ als völkisch-nationalistisch eingestellte Gruppierung innerhalb der Partei mit Björn Höcke als Führungsgestalt. Im Januar 2019 wurde der Flügel vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall für rechtsextremistische Bestre-

bungen eingestuft. Zur Begründung schreibt die Behörde: „Das durch den „Flügel“ propagierte Politikkonzept ist primär auf die Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtslosstellung von Ausländern, Migranten, insbesondere Muslimen, und politisch Andersdenkenden gerichtet. Es verletzt alle Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die Menschenwürdegarantie sowie das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Die Relativierung des historischen Nationalsozialismus ist zudem prägend für die Aussagen der „Flügel“-Vertreter.“¹

Das sind keine Lappalien. Das Bundesamt hat in einer umfangreichen Materialsammlung Belege für diese Beobachtungen zusammengestellt. Der Blog „netzpolitik.org“ hat sie publiziert.² Dort kann jeder nachlesen, mit welchen Aussagen führende AfD-Vertreter Stimmung gegen Ausländer machen, wie sie völkisch-nationalistische Konzepte vertreten und zentrale Prinzipien des friedlichen Miteinanders negieren. Björn Höcke war vor seinem Engagement in der AfD im Umfeld der NPD aktiv. Das interne Parteiausschlussverfahren gegen ihn nach der Dresdner Rede ist zum Erliegen gekommen. Zu wichtig ist Höcke und seine radikalisierten Anhänger für die AfD, wie Alexander Gauland in einem Interview zugab.

Auch in der Jugendorganisation der AfD „Junge Alternative“ (JA) zeigen sich menschenverachtende Gesinnungen in einer Weise, dass der Verfassungsschutz sie als extremistische und demokratiefeindliche Bewegung einstuft. **„Diejenigen, die dieser ethnisch geschlossenen**

¹ <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2019-002-fachinformation-zu-teilorganisationen-der-partei-alternative-fuer-deutschland-afd>
² <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/>



Gemeinschaft nicht angehören, macht die JA in offensichtlicher Weise verächtlich. Sie respektiert den Menschen als obersten Wert der Verfassung nicht. [...] Die JA-Programmatik zeichnet sich auch durch die drastische Missachtung rechtsstaatlicher Grundprinzipien, insbesondere des Gewaltmonopols des Staates und der Rechtsbindung der Verwaltung aus.“ erklärte das Bundesamt im März 2019.

Christen in der AfD

Unter den Wählern wie auch unter den Mitgliedern der AfD gibt es Menschen, die sich als Christen verstehen. Einige haben sich in der Bundesvereinigung der Christen in der AfD zusammengeschlossen. Auf dem Kirchentag 2017 in Berlin diskutierte die Sprecherin dieses Verbandes, Anette Schultner, mit der Journalistin Liane Bednarz und Bischof Dröge von der EKBO darüber, wie sich Christsein und eine Mitgliedschaft in der AfD vertragen.³ Inzwischen ist Frau Schultner aus der AfD ausgetreten. Als Grund dafür hat sie angegeben, dass die Partei keine gemäßigt konservative Politik mehr vertrete und sich nicht ausreichend von rechtsextremen Gruppen abgrenze.⁴ Björn Höcke und sein Flügel habe in der Partei zu starken Einfluss bekommen. Gemäßigte Kräfte würden hinausgedrängt. Das könne sie von ihrem christlichen Bekenntnis her nicht mehr mit tragen. Frau Schultner hat ihre Augen nicht länger vor den Realitäten verschlossen. Wer als Christ die AfD unterstützt – z.B., wegen ihrer Familienpolitik – muss sich auch fragen lassen,

³ Ein Bericht von dieser Veranstaltung ist auf www.confessio.de/artikel/1053 zu lesen.

⁴ Der Tagesspiegel 17.10.2017

was er damit sonst auch noch alles unterstützt. Nationalistisch ausgerichtet und gegen das Solidarprinzip innerhalb der EU war die AfD von der ersten Stunde an. „Mein Vorteil, meine Nation zuerst“ ist ein nationalistisches, kein christliches Grundprinzip.

Das für die Landtagswahl 2019 diskutierte „Regierungsprogramm“ für Sachsen enthält mehrere Angriffe auf verfassungsmäßig garantierte Grundrechte, z.B. die Religionsfreiheit, die Kunstfreiheit oder auf den Gleichbehandlungsgrundsatz.

Sozialethische Expertise

Das Institut für Christliche Sozialwissenschaften in Münster hat gemeinsam mit dem „Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft“ in München eine Studie zu den Grundpositionen der AfD im Vergleich zur katholischen Soziallehre erarbeitet. Diese Studie ist im Internet abrufbar.⁵ In der Zusammenfassung wird festgestellt: Die AfD definiert ihren Politikstil über Feindbilder und Krisen. Sie verweigert die Auseinandersetzung mit großen Zukunftsfragen und zeigt kein positives Verständnis von Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität in einer global vernetzten Welt. Ihr Gesellschafts- und Geschichtsverständnis ist rückwärtsgewandt und hoffnungsarm. Sie steht für eine „zutiefst unchristliche, ethnonationale Bevölkerungspolitik.“ Das Anliegen einer Unterstützung eines traditionellen Familienbildes wird dadurch zerstört, dass es bevölkerungspolitisch verzweckt wird. Der partiellen Ablehnung der Religionsfreiheit, der Verwendung antidemokratischer populistischer Methoden und dem Anspruch, alleine „Mut zur Wahrheit“ zu haben, „können und müssen Christinnen und Christen entgegnetreten. Um Wahrheit muss gerungen werden. Wahrheit ist ohne die Achtung der Freiheit auch der Anderen, ohne den Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit nicht glaubwürdig zu vertreten.“

⁵ <https://www.uni-muenster.de/FB2/ics/publikationen/AP8.html>

Reichsbürger und Selbstverwalter

Der Staat bin ich

Einen Nationalismus ganz eigener Sorte pflegen die sogenannten „Reichsbürger“. Der Begriff adressiert eine heterogene Szene aus Organisationen und Einzelpersonen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland (bzw. ihres Heimatlandes - es gibt sie auch in Österreich) in Zweifel ziehen und den staatlichen Institutionen ihre Handlungsberechtigung bestreiten.

Reichsbürger im engeren Sinn gehen davon aus, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen ist, sondern im Grunde in seinen früheren Grenzen weiter besteht. Von diesen sind die sogenannten „Selbstverwalter“ zu unterscheiden. Diese benutzen die von Reichsbürgern entwickelten Argumentationsformen zur Bestreitung der bestehenden staatlichen Autorität. Aber sie haben selbst kein spezifisches Interesse am Deutschen Reich und seinem Fortbestand, sondern halten sich selbst bzw. ihr Wohngrundstück für ein eigenständiges Subjekt des Völkerrechtes, das sie einfach mal so zu einem exterritorialen Gebiet erklären könnten. Intention dabei ist vordringlich, dass dort die staatlichen Gesetze nicht mehr gelten sollen und Gebühreneintreiber, Gerichtsvollzieher und andere unangenehme Maßnahmen ins Leere laufen.

Königreich in Wittenberg

In einigen Fällen wurden von Reichsbürgern eigene Nationen gegründet, die für ihre Anhänger die Utopie eines anderen, besseren Lebens versprochen. Markantestes Beispiel dafür ist das „Königreich Deutschland“, das von Peter Fitzek auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses in Wittenberg ausgerufen wurde – selbstverständlich mit ihm als König auf Lebenszeit. Sein „Königreich“ ist ein markantes Beispiel für die Verknüpfung von esoterisch

geprägten Lebensentwürfen mit Reichsbürger-Ideologie. So hielt er Vorträge über alternative Heilmethoden und freie Energie, gab ein eigenes „Engelgeld“ heraus, errichtete eigene Banken und Krankenkassen und hielt juristische Seminare über die Verfassung und die Staatsbürgerschaft in seinem Königreich. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) untersagte seine Finanzgeschäfte. 2017 wurde Peter Fitzek wegen Betrugs zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Kommissarische Reichsregierung

Prototyp vieler Reichsbürgerorganisationen ist die sogenannte „Kommissarische Reichsregierung“. Sie wurde bereits 1985 von dem Bahnbeamten Wolfgang Gerhard Günter Ebel (1939-2014) gegründet. Dieser meinte, er sei vom Alliierten Oberkommando in Berlin zur Reichsgründung beauftragt und nannte sich „Reichskanzler des Staates Deutsches Reich“. Er produzierte selbst entworfene Personalausweise, Reisepässe, Führerscheine und gab eigene Briefmarken heraus. Zur Selbstlegitimierung schickte er Briefe an Verwaltungsstellen, die er als inhaltlich akzeptiert ansah, wenn nicht innerhalb von 21 Tagen widersprochen wurde. Schon bei Ebel zeigte sich eine bei Reichsbürgern häufige Vermischung mit geschichtsrevisionistischen, antisemitischen und Verschwörungsmithischen Themen.

Firma ohne Friedensvertrag

Die Grundmuster in der Argumentation vieler Reichsbürger ähneln sich. Oft wird darauf verwiesen, dass Deutschland keinen Friedensvertrag mit den alliierten Siegermächten habe, außerdem fehle der Bundesrepublik eine Gründungsurkunde, das Grundgesetz sei gar keine Verfassung (weil es nicht so heißt) und

Deutschland wäre 1990 bei den Vereinten Nationen abgemeldet worden. Überhaupt sei die Bundesrepublik gar kein Staat, sondern eine Firma, eine BRD-GmbH. Deshalb hießen die Ausweise „Personalausweis“, weil nur eine Firma Personal hat, sonst hätte es ja „Personenausweis“ heißen müssen.

Die Argumentationen sind allesamt nicht stichhaltig, bemühen aber mitunter juristische Spitzfindigkeiten, die für Laien nicht einfach zu widerlegen sind. Gemeinsamer Grundzug ist ihnen, dass daraus abgeleitet wird, das staatliche Handeln gegenüber dem Bürger sei ohne Rechtsgrundlage und darum gegenstandslos.

Unsozial aber bewaffnet

Die Gründe für eine Übernahme von Reichsbürger-Argumentationen sind sehr vielschichtig. Immer wieder fällt aber auf, dass es vor allem um das Vermeiden von Abgaben, Steuern und Gebühren geht. Die Segnungen des Staates werden gern in Anspruch genommen, die eigene Beteiligung an den Aufwendungen aber zurückgewiesen. Lange wurden Reichsbürger für harmlose Querulanten gehalten, die zwar lästig, aber im Grunde ungefährlich sind. Die Einschätzung änderte sich, als 2016 ein Po-

lizist bei einem Räumungseinsatz durch einen Reichsbürger getötet wurde. Die Gefahr, die von Reichsbürgern ausgeht, liegt weniger darin, dass diese die Macht im Staate übernehmen könnten. Aber ihr Handeln im unmittelbaren Umfeld ist unberechenbar, weil es nur noch einer wirren Eigengesetzlichkeit zu unterliegen scheint. Ein starkes Interesse an Waffen in der Szene ist daher nicht bedeutungslos.

Institutioneller Vertrauensverlust

Die eigentliche Gefahr im Blick auf die Propaganda der Reichsbürgerszene liegt auf einer anderen Ebene, nämlich in der fortwährenden Unterminierung des Vertrauens in die gesellschaftlichen Institutionen. EZW-Referent Kai Funkschmidt fasste es so zusammen: „Reichsbürger und Co. sind die extremen und psychopathologischen Auswüchse eines abnehmenden gesellschaftlichen Gemeinsinns und eines schwindenden Vertrauens zu Mitmenschen und Institutionen sowie verbreiteter Ohnmachtsgefühle in einer unübersichtlichen Welt.“¹ Das Engagement für eine lebendige Demokratie ist darum die beste Prophylaxe gegen ein Vordringen der Reichsbürger-Ideologie.

¹ Kai Funkschmidt, Stichwort „Reichsbürger“, in: MDEZW 11/2016, 434-438.

Informationsmaterial zu Reichsbürgern



1. Amadeu Antonio-Stiftung: Reichsbürger und Souveränisten
2. Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung: Reichsbürger - ein Handbuch

3. Der Goldene Aluhut: Der Reichsbürger-Leitfaden
4. Sonnenstaatland.com: Webseite, Wiki, Forum, Blog, Facebook- und Youtube-Kanal mit (humoristisch)-kritischer Auseinandersetzung mit Reichsbürgerideologien

Download-Links zu allen Materialien: www.confessio.de/zeitschrift/t03

Gleichheit oder Unterordnung

Warum Nationalisten die Französische Revolution verachten

In dem Buch „Rechtes Christentum“¹ bemühen sich einige Anhänger eines rechten Nationalismus bis hin zu Vertretern der Neuen Rechten, ihre Sicht auf die gegenwärtige Situation in Europa und die Rolle des Christentums darzulegen. Dabei fällt auf, dass mehrere der Beiträge eine ablehnende Haltung zur Französischen Revolution von 1789 zeigen. Mehr oder weniger deutlich idealisieren sie das Ancien Régime und beschreiben es als eine Zeit, in der die Menschen noch auf Gottes Ordnung geachtet, ihre Könige geehrt, ihre Kirchen besucht, ihre Kinder zu Zucht und Ordnung erzogen und ihre Ehen stabil gehalten hätten. Dann aber, mit dieser alles Gewohnte umstürzenden Revolution, habe das ganze Elend der Moderne begonnen: das Gerede von den Menschenrechten hätte die Menschen Gott entfremdet und ließe das Christentum zunehmend verkümmern, der Individualismus und das Streben nach Selbstverwirklichung seien an die Stelle traditioneller Verankerung in Sippe und Volk getreten, die Demokratie ersetze die alte gottgegebene Ordnung und die neue „Religion des Globalismus“ schicke sich nun an, die Völker und Nationen zu zerstören.

Es ist eine rückwärts gerichtete Projektion, die hier zwischen den Zeilen entsteht und die Zeiten grausamer Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes durch autoritäre absolutistische Herrscher zur guten alten Zeit verklärt, in der die Welt noch in Ordnung war.

Demokratie und Menschenwürde

Nun hatte die Französische Revolution in den Anfangswirren viel Blutvergießen gebracht und auch eine antikirchliche Stoßrichtung, die in den französischen Laizismus mündete. Wirkmächtig war aber die Vorstellung der Men-

schenrechte als unveräußerliche Rechte eines jeden Individuums. In der Folge wurde diese Idee zu einer Grundlage der modernen europäischen Zivilisation. Mit den Auswanderern und Siedlern kamen diese Ideen der Aufklärung auch nach Amerika. Dort wurde aus der Überzeugung von der individuellen Menschenwürde die Idee der Volkssouveränität formuliert und floss in die ersten demokratischen Verfassungen. Die Verfassung der USA wurde zum Vorbild für viele später entstandenen europäischen Verfassungen. Entsprechend positiv ist die Sicht auf die Französische Revolution bei den Freunden der Demokratie. Es erschreckt, wie wenig einige Autoren des „Rechtes Christentums“ mit den Menschenrechten anfangen können und wie viel heimliche Verehrung des Absolutismus in diesen Texten mitschwingt.

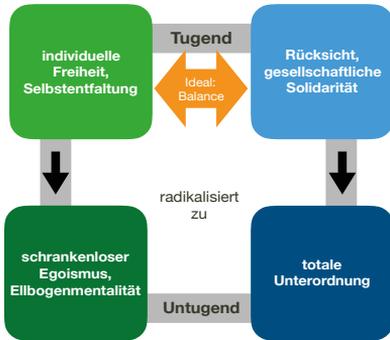
Konservative Revolution

Armin Mohler (1920-2003), ein Schweizer Publizist und wichtiger Vordenker der Neuen Rechten, hat in seiner Dissertation mit dem Titel „Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932“ den Versuch unternommen, einige der völkisch orientierten Vorläufer des Nationalsozialismus von dem Vorwurf zu befreien, sie seien Nazis gewesen. Bei Mohler verbindet sich damit eine dreifache Stoßrichtung:

1. **Anti-Liberal:** Die Liberalität gilt als der Hauptgegner. Die moderne Freiheit des Individuums sei eine Erfindung. Mohler meint, das Individuum gibt es nicht, denn jeder Mensch ist unhintergebar eingebunden in seine Herkunftsstrukturen, seine Familie, seine Sippe, sein Volk, die ihn prägen und bestimmen und in eine Verantwortung nehmen, aus der sich niemand emanzipieren könne. Der Hauptfeind des Rechten, so Ar-

¹ Dirsch, Münz, Wawerka (Hg.): Rechtes Christentum? Graz 2018

Wertequadrat



Das Wertequadrat sollte in Balance bleiben

min Mohler, sei nicht der Linke, sondern der Liberale.

2. **Anti-Demokratisch:** Die von Mohler behandelten Personen waren im wesentlichen Gegner der Weimarer Republik und Anhänger der Monarchie. Das gilt dann auch für viele von Mohlers Nachfolgern. Dem System der parlamentarischen Demokratie stehen sie oft grundsätzlich skeptisch bis ablehnend gegenüber und pflegen Sympathien für starke, autoritäre Führungsgestalten.
3. **Anti-Egalitär:** Die Auffassung, dass alle Menschen (weil von Gott geschaffen) grundsätzlich gleich sind, also mit gleichen Rechten und gleicher Würde ausgestattet, wird explizit bestritten. Die Menschen seien nicht gleich, sondern unterschiedlich in ihrem Wesen, Geschichte, Herkunft, Nation, sozialem Status, Geschlechterrollen, intellektuellem Vermögen etc.. Darum sei eine ungleiche Behandlung, Bezahlung und Privilegierung auch gerechtfertigt.

Damit sind Überzeugungen formuliert, die sich in vielen Aussagen und Verhaltensweisen rechtsnationalistischer Kräfte wiederfinden lassen. Mitunter ist das nicht auf den ersten Blick sichtbar, weil der ansonsten offensichtliche Widerspruch zu Geist und Buchstaben des

deutschen Grundgesetzes manche Aussage abmildert. Aber in der Tendenz zeigt es sich an vielen Stellen bestätigt. Gegen die moderne Individualität betonen sie die Einbindung in die Volksgemeinschaft, gegen die empfundene persönliche Freiheit in Fragen des Lebensortes, der Moral und der Religion die angebliche Gebundenheit des Blutes an ein Territorium, gegen das Bemühen um Gleichberechtigung die Unterschiedlichkeit der Rollenbilder für Männer und Frauen.

Werte in Balance

Auch in manchem großen Irrtum kann ein Körnchen Wahrheit verborgen liegen. Die Anliegen rechter Nationalisten lassen sich nur dann verstehen, wenn man die Frage zulässt, auf welche Missstände in der Gesellschaft sie möglicherweise reagieren. Die Beschreibung vom Wertequadrat² kann an dieser Stelle vielleicht Impulse zum Verständnis geben. Demnach hat jede Tugend eine Schwestertugend, aber auch ein negatives Gegenbild. So stehen sich individuelle Freiheit und Selbstentfaltung auf der einen Seite, Rücksicht und gesellschaftliche Solidarität auf der anderen Seite als Tugend und Schwestertugend gegenüber. Im Idealfall sind beide in Balance. Wird diese Balance nicht gewahrt, kippt der Individualismus in einen schrankenlosen Egoismus und eine Ellebogenmentalität. Dafür gibt es leider in der Praxis genügend Beispiele. Insofern ist es nachvollziehbar, wenn dagegen das Ideal der solidarischen Gemeinschaft propagiert wird. Wo allerdings – wie es bei Mohler und seinen Epigonen geschieht – nun das Individuum gelehnet wird, kippt es ebenso in die Untugend, die hier als geforderte totale Unterordnung zuschlägt. In den gesellschaftlichen Debatten wird es darum immer sinnvoll sein, auf eine angemessene Balance der Werte hinzuwirken.

² Mehr dazu: Sonja Angelika Strube: Rechtsextremen Tendenzen begegnen: Handreichung für Gemeindearbeit und kirchliche Erwachsenenbildung, Herder 2013

Nation und „Ethnopluralismus“

Ausgrenzungen zum „nationalen Artenschutz“

Neurechte Bewegungen möchten sich von dem dumpfen Deutschnationalismus der Nationalsozialisten abgrenzen. Sie betrachten nicht mehr das Deutschtum als höchste Form der menschlichen Rasse. Statt dessen vertreten sie das Konzept des „Ethnopluralismus“. Dieser Begriff klingt zunächst anschlussfähig an moderne Wertschätzung von Vielfalt und Toleranz. Allerdings ist es wichtig, genau hinzusehen, denn im Kern meint er das Gegenteil davon..

Volk und Raum

Ethnopluralismus meint, dass jedes Volk seine speziellen Eigenheiten besitze, seine Prägungen, seine Kultur, seine Sprache, seine Religion, sein Brauchtum, seine Geschichte. Diese seien nicht austauschbar. Erklärtes Anliegen des „Ethnopluralismus“ ist es, dass die Völker in einer von Globalisierung geprägten Welt ihre Eigenartigkeit behalten. Deshalb – und das ist die entscheidende Konsequenz – dürften sie nicht vermischt werden. Gegen die globalisierte Gleichmacherei gilt dies als „nationaler Artenschutz“. Menschen mit ihren Kulturen und Religionen hätten eben ihre traditionellen Siedlungsräume. Dort gehören sie hin, aber nirgendwoanders.

Dem entsprechend vertritt die Identitäre Bewegung das Konzept der „Remigration“: Migranten und deren Nachkommen (!) sollten in die jeweiligen Heimatländer zurückgeführt werden. Das friedliche Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Völkern wird im Grund für unmöglich erklärt. Multikulturalität gilt als Schreckenswort und wird als „Experiment“ bezeichnet, das grundsätzlich gescheitert sei. Im Rahmen einer „Reconquista“ analog zur Rückeroberung Spaniens im 14. Jahrhundert müssten gemäß dieser Argumentation die Europäer sich ihre Territorien zurückerobern.

Stichtagsregelung?

Teile dieser Argumentation haben auf den ersten Blick durchaus etwas Einleuchtendes. Schließlich gibt es ja in der Tat verschiedene kulturelle Traditionen, Sprachen und verschiedene geschichtliche Prägungen. Aber schon bei den nachgesagten Mentalitäten wird es schwierig. Immer sind die individuellen Prägungen wesentlich vielfältiger als pauschale Zuschreibungen. Es gibt nicht wenige geschwätzige Nordeuropäer und schüchterne Südländer. Und hätten sich Kulturen nicht beeinflusst, hätten wir keine arabischen Ziffern.

Welches Datum gilt eigentlich als Stichtag bei der Festlegung, welches „Volk“ in welchem „Raum“ beheimatet ist und zu bleiben hat? Die Sachsen sind einst aus Angelsachsen gekommen, etliche blieben in Niedersachsen hängen und manche kamen bis in das Gebiet der Sorben. Sollen die alle zurück und den slawischen Völkern ihren angestammten Raum freimachen? Sollen alle Weißen Amerika verlassen und es den Indianern zurückgeben? Es hat in der Menschheitsgeschichte immer Migrationsprozesse und den Austausch und gegenseitige Beeinflussung von Ideen, Wissen, Technologien, Bräuchen, Kulturen und Religionen gegeben. Dies hermetisch voneinander abzuschotten wäre weder sinnvoll noch wünschenswert.

Außerdem zeigt sich an den Rändern immer wieder der Effekt, dass die Menschen diesseits und jenseits der Grenze mitunter mehr an Kul-

Ergänzung zum Thema:

Gehört der Islam zu Deutschland? Warum Religionsfreiheit keine geografischen Grenzen kennt.

www.confessio.de/artikel/340



tur, Sprache und geschichtlicher Prägung miteinander gemeinsam haben, als mit den eigenen Landsleuten im gegenüber liegenden Teil des Landes. Landes- und Sprachgrenzen sind auch nicht zwangsläufig identisch. Grenzen gibt es und darf es geben, aber sie sind oft historische Zufälligkeiten. Darum sollten sie durchlässig sein und nicht zu Götzen erhoben werden.

Kultureller Rassismus

Hinter dem Konzept des Ethnopluralismus steckt eine moderne Form des Rassismus. Sie argumentiert nicht mehr direkt biologisch. Die biologistischen Argumente früherer Rassenkundler sind heute wissenschaftlich widerlegt. Dass das nicht gut ankommt, haben zumindest einige gemerkt. Also versucht man es durch die Hintertür auf dem Umweg über die Kultur: Menschen, die in einem bestimmten Kulturraum aufgewachsen sind, haben eine Prägung erhalten, die nicht mehr zu ändern ist und eben nicht in „unsere Kultur“ passe.

Die Rassismus-Definition der UNO beinhaltet aber auch soziale Faktoren und definiert Rassendiskriminierung als „jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.“¹

Sind die Nationen von Gott geschaffen?

Immer wieder kann man in Diskussionen das Argument hören, Gott habe die Völker geschaffen, darum dürfe man sie nicht durch Vermischung vernichten. Mitunter hilft da ein Blick in die Bibel. Im Schöpfungsbericht ist nicht von



Der Turmbau zu Babel markiert die Trennung der Völker, der Pfingstgeist überwindet diese

Völkern die Rede, sondern von Menschen als Mann und Frau. Die Trennung der Menschheit in Völker entspricht nicht dem Schöpfungswillen Gottes, sondern entsteht biblisch erst infolge des menschlichen Hochmutes mit der Sprachverwirrung, wie es die Erzählung vom Turmbau zu Babel (Gen 11,1-9) beschreibt. Diese wiederum findet ihr Gegenstück im Pfingstwunder (Apg 2), wo die Sprachverwirrung aufgehoben wird und Menschen aus allen Völkern und Kulturen verstehen, was die Jünger von Jesus berichten. Insofern bringt das Christentum grundsätzlich einen universalistischen Ansatz mit. Dieser hebt die Existenz unterschiedlicher Völker und Nationen nicht auf, aber überwindet das Trennende zwischen ihnen und schafft Verständigung im Geist Gottes.

Als Jesus von einer kanaänischen Frau um Hilfe angerufen wird, weist er sie zunächst zurück, er sei „nur gesandt zu den verlorenen Schafen des Hauses Israel“ (Mt 15,24). Das wird von rechtsnationaler Seite mitunter als Beleg für eine von Jesus gewollte Trennung in Völker interpretiert. Ärger kann man die Bibel kaum gegen ihre Intention bürsten, denn der Text geht ja weiter. Die Frau lässt sich nicht abweisen und Jesus sagt ihr schließlich: „Dein Glaube ist groß. Dir geschehe, wie du willst!“ Somit ist diese Episode auch ein Beleg dafür, wie der Glaube eben die Trennung der Nationen überwindet.

¹ de.wikipedia.org/wiki/Internationales_%C3%9Cbereinkommen_zur_Beseitigung_jeder_Form_von_Rassendiskriminierung

Globalisierung in der Kritik

Vom scheinbaren Gegensatz zwischen Universalisten und Partikularisten

Warum stoßen gegenwärtig nationalistische Bewegungen in vielen Ländern Europas auf Resonanz? Ein möglicher Erklärungsansatz betrachtet dies als Reaktion auf Globalisierungsprozesse.

Entgrenzung und Beschleunigung

Die Globalisierung ist davon geprägt, dass in vielen Lebensbereichen sowohl eine Entgrenzung geschieht und zugleich das Tempo der Entwicklungen immer weiter anzieht. Motor der Veränderungen ist die Digitalisierung, die alle Lebensbereiche durchdringt. Der Austausch von Waren, Wissen, Arbeitskräften und Dienstleistungen zwischen den Ländern nimmt immer mehr zu. Was uns als Konsument enorme Auswahl an billigen Produkten beschert, hat aber auch Schattenseiten. Der globale Markt bestimmt das Geschehen und verringert den Entscheidungsspielraum der Politik. Es gibt einen verschärften Wettbewerbsdruck und die Entgrenzung scheint Konkurrenzdenken, Eigennutzorientierung und Rücksichtslosigkeit zu befördern. Das alles ereignet sich in rasantem Tempo. Der digitale Wandel bewirkt neue Möglichkeiten, aber auch Umbrüche in der Arbeitswelt wie im sozialen Gefüge, die bisherige industrielle Revolutionen wie Buchdruck oder Industrialisierung in den Schatten stellen. Der Nationalstaat verliert bei alledem immer weiter an Bedeutung.

Es ist nachvollziehbar, dass Menschen bei diesem Tempo der Veränderung schwindelig wird, dass ihnen vieles zu schnell geht, dass sie den Halt verlieren und sich in eine Zeit zurückwünschen, wo alles noch vergleichsweise einfach und überschaubar war und den gewohnten Bahnen folgte.

Anywheres & Somewheres

In gegenwärtigen Analysen wird von verschiedenen Seiten auf eine neue Bruchlinie

zwischen Bevölkerungsgruppen hingewiesen, die die Wahrnehmungen prägen und die politischen Debatten bestimmen. Es gibt verschiedene Konzepte und Bezeichnungen, die im Grunde Ähnliches aussagen. Auf der einen Seite stehen die „Universalisten“ bzw. „Kosmopoliten“, manche nennen sie auch „Liberale“ oder „Anywheres“. Sie sind gebildet und gehören zu den wohlhabenderen Schichten, sie denken für das große Ganze und in einem weltweiten Horizont. Ihr Gerechtigkeitsempfinden ist von Chancengleichheit und dem Ideal gleichwertiger Lebensumstände für alle bestimmt. Arbeits- und Lebensweise ist von einer gewissen Mobilität geprägt. Selten wohnen sie noch am Ort ihrer Kindheit. Ihre Identität ist durch Bildung und berufliche Erfolge erworben und gefestigt. Sie bilden rund 25% der Bevölkerung, sind aber die gesellschaftlichen Meinungsführer in Wirtschaft, Kultur und Politik.

Ihnen gegenüber stehen die „Partikularisten“, „Autoritäre“ oder „Somewheres“. Diese sind weit weniger mobil und stärker der angestammten Heimat verwurzelt. Sie denken für ihr überschaubares Umfeld in Familie, Ort und Sportverein, aber nicht für die ganze Welt. In der Regel gehören sie den weniger gebildeten unteren Gesellschaftsschichten an. Deren Identität ist durch Gruppenzugehörigkeiten geprägt, ihnen ist Sicherheit tendenziell wichtiger als Freiheit und sie sind weitaus weniger offen für Neues - Veränderungen beunruhigen. Für sie ist Leistungsgerechtigkeit wichtig: Arbeit muss belohnt werden, und wer sich nicht anstrengt, hat auch nichts verdient. Deswegen sind sie kritisch zu pauschalisierenden Einkom-

men oder Sozialleistungen und betonen und akzeptieren auch eher Unterschiede zwischen Menschengruppen.

Gewinner und Verlierer

Der englische Journalist David Goodhart hat nach möglichen Ursachen für die Abstimmung zum Brexit gesucht und ist der Meinung, dass diese Unterschiede zwischen den „Anywheres“ und den „Somewheres“ schon immer bestanden hätten. In den letzten zwei Generationen seien sie aber insofern gekippt, dass der „common sense“ sich zugunsten der „Anywheres“ verschoben habe.¹ Die für deren Kinder wichtige Hochschulbildung wurde massiv ausgebaut, während die klassische Lehrausbildung ins Hintertreffen geriet.

Beide Gruppen sind von den Auswirkungen der Globalisierung in unterschiedlicher Weise betroffen. Für die „Anywheres“ vergrößern sich die Chancen und Möglichkeiten. Die wissensbasierte Wirtschaft und die digitalen Medien erlauben eine Loslösung von konkreten Orten. Für die „Somewheres“ hingegen wachsen vor allem die Risiken. Der Zuzug von Migranten aus ärmeren Ländern stellt für sie eine deutlich größere Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt dar als für den Rechtsanwalt oder den Universitätsprofessor. Die meisten der „Somewheres“ seien keine pauschalen Fremdenfeinde, aber weil sie sich von den „Anywheres“ nicht (mehr) verstanden und vertreten fühlen, sind sie anfällig für Populisten und deren Radikalisierungen.

Elitenkritik und Repräsentanzverlust

Die Beschreibungen von David Goodhart sind auch von Rechtspopulisten begierig aufgegriffen worden und mit Übertreibungen angereichert. Das passt gut in deren Konzept der korrupten Eliten („Anywheres“), welche den Kontakt zum Volk („Somewheres“) verloren haben. Auch wenn diese typisierenden Feindbil-

der zurückzuweisen sind, bleibt doch der Fakt, dass viele Bürger, vor allem aus den wirtschaftlich schwächeren Schichten, schon länger nicht mehr zur Wahl gehen und damit in der Tat die Repräsentanz dieses Teils der Bevölkerung nicht mehr voll gewährleistet ist.



Was tun?

Die Globalisierung lässt sich nicht sinnvoll stoppen, indem Nationalstaaten Mauern um ihr Territorium errichten, nur noch nationale Interessen bedienen wollen und sich ideologisch in eine verklärte Vergangenheit flüchten. Dies führt zu wirtschaftlichem Abstieg und steigert die Kriegsgefahr.

Es wird in der Zukunft sehr darauf ankommen, die Schattenseiten der Globalisierung ernsthaft in den Blick zu nehmen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden. Das Konzept für die Zukunft heißt nicht nationale Abschottung und Ausgrenzung, sondern „Glokal“ - also die Verbindung von lokalen Anliegen, Brauchtpflege und Beheimatung mit Offenheit für globale Aufgaben und Strukturen.

Die Probleme entstehen nicht primär durch Migration, sondern die Migration entsteht durch globale Ungerechtigkeit. Die „Somewheres“ und „Anywheres“ gibt es in Reinkultur so gar nicht. Sie sind vereinfachende Projektionen zur Erklärung von Reaktionsmustern. Die meisten gebildeten Menschen interessieren und engagieren sich durchaus für ihren Wohnort. Auch viele Menschen aus andern Gesellschaftsschichten haben ein weites Herz und haben sich konkret für Geflüchtete in ihrem Umfeld eingesetzt. Auch hier gilt es, aufeinander zu hören und miteinander statt gegeneinander an der Zukunft zu bauen.

¹ Ausführlich: The Road to Somewhere, 2017; Zusammenfassend: rotary.de/gesellschaft/die-anywheres-und-die-somewheres-a-10639.html

Nächstenliebe leben

Hinweise zum Umgang in der Gemeinde

Seine Heimat lieben, für Ehe und Familie eintreten, Fluchtursachen bekämpfen und gefährliche Entwicklungen im Islam kritisieren, für Sicherheit und Ordnung eintreten – all das ist nichts, was Christen ablehnen. Aber wenn pauschal gegen Menschengruppen gehetzt wird, ist Widerspruch verpflichtend. Aus der Unterscheidung von Völkern darf kein Recht zur Ungleichbehandlung abgeleitet werden. Das würde nicht nur dem Grundgesetz, sondern auch der christlichen Ethik widersprechen.

Das höchste Gebot für Christen besteht in der Gottes- und Nächstenliebe. Der Nächste ist dabei derjenige, der in diesem Moment meine Hilfe braucht. Es ist ausdrücklich nicht derjenige, der mir schon immer nahe ist durch Verwandtschaft, Sippe, Volk oder Religion, sondern dem ich „zum Nächsten werden“ kann (Lk 10,36). Nächstenliebe fordert nicht mehr, als zu leisten möglich ist. Den christlichen Begriff der Nächstenliebe in einen Gegensatz zur „Fernstenliebe“ (die als Begriff in der Bibel nicht vorkommt) bringen und auf das eigene Volk begrenzen zu wollen, verkehrt die eindeutigen biblischen Aussagen ins Gegenteil.

Klare Botschaft und ernsthafte Zuwendung

Nationalistische Überzeugungen enden nicht automatisch an der Kirchentür. Auch in Kirchengemeinden gibt es Menschen, die entsprechende Positionen vertreten. Was ist für den Umgang in der Kirchengemeinde zu bedenken? Häufig zu beobachten sind Reaktionen der Ausgrenzung. Mit den Positionen will man nichts zu tun haben, also meidet man den Kontakt zu den Personen, die sie vertreten. Das ist falsch. Vorschnelle Ausgrenzung und Tabuisierung lösen keine Probleme, sondern rechtfertigen die Selbstwahrnehmung der Betroffenen in ihrer Opferrolle. Wichtiger ist demgegenüber

eine argumentative Auseinandersetzung, die zwischen Person und Sache unterscheidet. Es muss davon ausgegangen werden, dass Ausgrenzung und Kontaktabbruch in der Regel Radikalisierungsprozesse verstärken. Statt dessen sollten noch bestehende Gesprächs- und Anknüpfungsmöglichkeiten genutzt werden. Freilich gibt es auch Situationen, in denen ein klarer Trennstrich gezogen werden muss. Aber das sollte erst geschehen, wenn alle Verständigungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden.

Sachlich argumentieren

Für das gelingende Gespräch sind folgende Hinweise förderlich:

- Den Gesprächspartner ernst nehmen: Jeder hat das Recht zu einer eigenen Meinung, aber auch die Pflicht, diese sachlich zu begründen und ggf. Kritik daran gelten zu lassen. Meinungsfreiheit bedeutet nicht Kritikfreiheit.
- Übertreibungen und Pauschalisierungen erkennen und auflösen: konkretisieren, personalisieren, sachlich bleiben.
- Rückfragen stellen, Konsequenzen bedenken
- Eigene Standpunkte begründen
- Am Thema bleiben, sich nicht davon treiben lassen: Oft wird ein Thema angeschnitten, wenn es Widerspruch gibt, geht es sofort in ein neues Thema. Dieses Spiel sollte man nicht mitmachen.
- Feindbilder auflösen, nicht füttern
- Polarisierungen vermeiden

Lösungsorientierung statt nur Problemaufriss

Sehr wichtig scheint es, zwischen Problemanzeigen und Lösungsvorschlägen zu unterscheiden. Hinter vielen Anliegen steckt ein durchaus



berechtigter Kern. Die Problemanzeigen sollten also durchaus ernst genommen werden, selbst wenn sie von mancher Übertreibung zu befreien sind. Weil aber die damit verbundenen Lösungsvorschläge so untauglich sind und Ablehnung erfahren, entsteht bei den Betroffenen das Gefühl, man würde sie nicht ernst nehmen und ihr Problem nicht verstehen. Sinnvoller scheint es, gemeinsam genauer das Problem zu analysieren und nach tragfähigeren Lösungen Ausschau zu halten. Beispiele:

- Islamistischer Terror ist durchaus eine Gefahr und eine reale Bedrohung. Ihm begegnet man aber nicht, indem der Islam insgesamt dämonisiert wird.
- Es gibt durchaus schlecht recherchierte Medienberichte, die unter dem enormen Zeitdruck durch digitale Medien entstehen. Dagegen hilft aber nicht die Verächtlichmachung der Medien als „Lügenpresse“, son-

dern Entschleunigung und Strukturen, die qualitätvollen Journalismus befördern.

- Globalisierung und Migration liefern in der Tat eine Reihe konkreter Probleme. Diese löst man aber nicht durch Mauern, Zäune und Fremdenhass.
- Die parlamentarische Demokratie hat in der Tat ein Verständnis- und Akzeptanzproblem bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung. Das löst man aber nicht, indem das ganze System abgeschafft wird, sondern indem die bestehenden Möglichkeiten zur Mitwirkung vermittelt und genutzt werden.

Das beste Mittel gegen platten Populismus, ist sich der Probleme ernsthaft anzunehmen, die Populisten für ihre Propaganda ausschlagen. Gegen Fremdenangst hilft nachweislich am besten, die Fremdheit zu überwinden, indem Kontakte und Begegnungen mit Geflüchteten organisiert werden, wo man sich auf natürliche Weise kennenlernen kann. Nichts löst Feindbilder so stark auf, wie die menschliche Begegnung mit dem angeblichen Feind. Diese Chance sollte wo immer möglich genutzt werden. Kirchgemeinden haben dafür vielfältige Möglichkeiten.

Weiterführendes Material

Ergänzende Materialien, Literaturhinweise, Handreichungen, Faltblätter und Medien zu dem Themenfeld dieses Heftes finden Sie auf der zugehörigen Internetseite zusammengestellt:

www.confessio.de/zeitschrift/t03



Literatur-Tipp

Nächstenliebe Leben - Klarheit zeigen

Handreichung zu Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit

Herausgegeben von der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft
„Kirche für Demokratie und Menschenrechte“ in Sachsen

Die im Jahr 2016 erstmalig erschienene Handreichung wurde 2019 umfassend aktualisiert und erweitert. Artikel und Beiträge von 40 Autorinnen und Autoren befassen sich mit verschiedenen Facetten des Themas. Im ersten Kapitel „Glaube“ sind Beiträge zur theologischen Grundlegung versammelt. Die Texte gehen der Frage nach, in welcher Weise Glaube politisch ist, betrachten das Wesen von Gerechtigkeit, Konsequenzen aus der theologischen Aussage der Gottebenbildlichkeit des Menschen, Nation aus theologischer Sicht, den Umgang mit religiösem Pluralismus, die Demokratie in Sachsen und biblische Perspektiven auf Regierungsformen.

Ein zweites Kapitel vermittelt grundlegendes Wissen zu Neonazismus und Rechtspopulismus. Vorgestellt und analysiert werden z. B. der Begriff der Volksgemeinschaft, neonazistische Parteien und rechte Bewegungen in Sachsen und die entsprechende Subkultur, die Identitäre Bewegung, rechtsnationale Zeitschriften und Medien, das Wesen des Rassismus und völkische Siedlungsbewegungen. Mit kirchlichen Einschätzungen befassen sich Artikel zu Rechtspopulismus und Kirchen und die juristische Frage nach politischem Engagement von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern.

Im Kapitel „Gemeindepraxis“ werden praktische Hinweise zum Umgang in der Gemeinde, für Veranstaltungen und Mediengebrauch vermittelt. Den Abschluss bilden verschiedene Erfahrungsberichte aus Sachsen.

Die Handreichung kann bei der AG Kirche für Demokratie bestellt oder als PDF heruntergeladen werden:

www.kirche-fuer-demokratie.de

